

Senator Rabe zu Qualitätsverbesserungen gezwungen

Hartnäckig verfolgten die Initiator_innen ihr Ziel und wurden belohnt – die GEW stand Pate. Eine Dokumentation

Seit Einführung des flächen-deckenden Ganztagsbetriebs in Hamburgs Schulen ließ die Qualität zu wünschen übrig. Eltern und Beschäftigte, der Landeselternausschuss, die Elternkammer und die Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe der GEW wurden nicht müde, dem Senator aufzuzeigen, an wie vielen und welchen Stellen es mangelt und nachgebessert werden muss.

Nachstehend zwei Beispiele –, wie wir dafür neben vielen anderen Kritikern – über die schlechten Bedingungen informierten und Rabes (Nicht-)Handeln begleiteten.

Artikel in der hlz 09/10 2013:
Was stört's die deutsche Eiche, wenn sich ein Wildschwein an ihr reibt?
So oder ähnlich dürften die

Gedanken des Schulsenators sein, wenn wir ihm vorhalten, dass Erfolge nicht nach Quantität, sondern an Qualität zu messen sind. 200 von 203 Grundschulen sind seit 01.08.2013 Ganztagschulen, davon 125 in Form von GBS und 75 in Form von GTS, jubelt er in seiner Pressemitteilung vom 25.07.2013. Und weiter: „... wir werden uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen, sondern nach der großen Aufbauarbeit jetzt Schritt für Schritt die Ganztagsangebote wie auch das Schulangebot insgesamt qualitativ weiterentwickeln.“

Markige Sprüche eines Senators,...

PM der GEW Nov. 2013:
Bilanz der Schönfärberei zum Thema Ganztag

Die GEW kommentiert die Behördenbilanz zum Thema GBS: „Nachgeholte Grundvoraussetzungen, Korrekturen von Berechnungsfehlern und Rechenspielchen – und schon ist eine neue Erfolgsmeldung der BSB gebastelt. Die Wirklichkeit sieht anders aus!“, so kommentiert Jens Kastner, Kita-Experte der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Dreimonatsbilanz der BSB zum Thema Ganztagsgrundschule.

Die Initiative

Unser Sprecher der Fachgruppe KiJu stand im steten Kontakt mit der GBS/GTS-Gruppe des Landeselternausschusses, LEA Hamburg und war somit auch über die Gründung der Initiative informiert.



Foto: Guter Ganztag

Von links nach rechts: Christina Dwenger, Gerd Kotoll und Manja Scheibner. Erschöpft aber zufrieden nach drei Jahren Kampf für den Guten Ganztag

Mit der Mail vom 21.12.2013 starteten die Vorbereitungen zum Volksabstimmungsverfahren:

Hallo Jens,
jetzt geht es los, es wird tatsächlich einen Volksentscheid geben!

Das nächste Treffen ist am 13.1., 19:30. Der Ort wird noch bekanntgegeben.

Im Groben bleibt es bei den Überlegungen und Plänen, über die wir am Telefon gesprochen haben. Wir fangen jetzt an, die

mal telefonieren. Liebe Grüße,

Tatsächlich verging mehr als ein Jahr, bis die Volksinitiative „Guter Ganztag“ angemeldet wurde. Zunächst lief Anfang 2014 eine Postkartenaktion mit Forderungen an den Bürgermeister und dem Aufruf zur Warnwesten-Demo

In 2015 startete die Volksinitiative „Guter Ganztag“.

tagsschulen (Grundschule bis Gymnasium) mehr geeignete Räume und pädagogisches Personal, besseres Essen und bessere Bedingungen für die nahtlose Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe-Trägern. Wichtig ist den Initiatoren auch die Betreuung der Inklusions-Kinder am Nachmittag.

Dass bei den Koalitions-Verhandlungen außer zusätzlichen Produktionsküchen bessere Bedingungen ausgehandelt werden, daran glaubt die Initiative offenbar nicht.

Die Unterschriftensammlung für die erste Hürde war mit über 14.000 Unterschriften (erforderlich 10.000) nach weiteren 6 Monaten im Oktober 2015 erfolgreich beendet und die Volksinitiative zustande gekommen.

Auszug aus PM der Initiative

Wir brauchen...

- Mehr Zeit und individuelle Zuwendung für alle Kinder durch Doppelbesetzungen in jeder Klasse und Gruppe
- Mehr Stunden für die Gruppenerzieher/-innen, um eine bessere Verzahnung von Vor- und Nachmittag zu erreichen
- Mehr als (Klassen)räume zum Entdecken und Spielen, mehr kindgerechte Möbel
- Essen und Trinken für den ganzen Tag – frisch zubereitetes Essen am Mittag
- _____
- _____

(Unterschrift)

Bitte mit 45 Cent freimachen

An den Ersten Bürgermeister der Hansestadt Hamburg
 Herrn Olaf Scholz
 Büro des Ersten Bürgermeisters
 Rathausmarkt 1
 20095 Hamburg

Für einen besseren Ganztag • Warn-Demonstration • Hauptversammlung ab 18:00 Uhr, Gämsenmarkt 4 Musik- und Spielstände • Kommt bitte alle mit Warnweste (Grüner, Eltern und Kinder)

konkreten Forderungen zusammenzutragen. Es wäre toll, wenn du da den Bereich der Beschäftigten abdecken könntest. Wir wollen die Qualitätskriterien möglichst konkret benennen. Daneben wäre es wichtig, wenn wir Quellenangaben liefern können, warum bestimmte Ausstattung, die wir fordern, fachlich geboten ist (z.B. Empfehlungen von Verbänden, Experten).

Unsere erste Version muss Anfang Januar stehen, dann können wir es im Januar mit möglichen Bündnispartnern abklopfen und Anfang Februar soll es fertig sein, damit die Ini angemeldet werden kann. Die ganze Sache ist noch vertraulich.

Tut mir leid, dass ich dich damit in der Vorweihnachtszeit überfalle.

Wir können auch gerne noch

GBS = Ganztägige Bildung und Betreuung an Grundschulen

Hamburg braucht dringend bessere Ganztagsschulen!

Kommt alle zu unserer Warnwesten-Demo!

Am 8. Mai 2014,
 um 17:30 Uhr
 Theodor-Heuss-Platz
 (Dammtor/Moorweide)
 um 18:00 Uhr
 Gämsenmarkt

**WIR WOLLEN
 Ganz Tolle Schulen
 und
 Ganz Besondere Schulen**

GTS GBS

GTS = Ganztagschule nach Rahmenkonzept der Schulbehörde

LEA Landesoffiziellenausschuss Kinderlagenbetreuung GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Auszug Mopo-Artikel März 2015:

Der neue Senat ist noch nicht einmal im Amt, der Koalitionsvertrag nicht unterschrieben und schon zeichnet sich eine neue Volksinitiative ab. Es geht um eine bessere Ausstattung der Ganztagschulen.

Die Volksinitiative „Guter Ganztag“ will für alle Ganz-

vom 4.11.2015:
Hamburgs Bürger fordern bessere Bedingungen für die ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen

Jetzt ist es offiziell: Die Volksinitiative „Guter Ganztag“ für Hamburgs Kinder ist erfolgreich: „Knapp 15.000 Unterschriften haben wir am 6. Oktober im Hamburger Rathaus abgegeben und mindestens 10.000 gültige

sind dabei“, teilt Manja Scheibner, eine der Vertrauenspersonen der Volksinitiative, mit. „Dass Hamburgs Bürger unsere Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen im Ganztags an Schulen unterstützen, zeigt, dass die Bildungspolitik des Senats in Bezug auf Qualität dringend Nachholbedarf hat“, stellt Scheibner fest.

Das Volksbegehren

Die Pseudoerfolgsmeldungen, die Senator Rabe auch zu den Schuljahresbeginnen 2014 und 2015 herausgeben ließ, wurden richtigerweise als solche erkannt und bestärkten die Initiator_innen darin, nicht vom gewählten Weg abzuweichen. Der Landesvorstand der GEW folgte dem Antrag der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe im Januar 2016 und beschloss die Volksinitiative auch in der Umsetzung des zweiten Schritts, das Volksbegehren, zu unterstützen

Auszug aus der PM der GEW Januar 2016:

GEW unterstützt die Volksinitiative GUTER GANZTAG

Ganztags darf nicht zu Lasten der Beschäftigten und der Kinder gehen

Die GEW unterstützt die Volksinitiative GUTER GANZTAG. Die Initiative besteht aus Eltern, Erziehern und engagierten Hamburger Bürgerinnen und Bürgern. Zum Teil kämpfen diese seit 2009 für eine höhere Qualität der Ganztagsbetreuung. Denn damals wurden die bereitgestellten Mittel pro Kind, und mit ihnen die Betreuungsstandards in Hamburg, noch einmal erheblich verschlechtert.

„Was bildungspolitisch richtig ist, hat in der Praxis eine erhebliche Kehrseite. Bezahlt wird die Entwicklung hin zum schulischen Ganztags nämlich durch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei den schulischen Beschäftigten und den ErzieherInnen. Dies geht

auch zu Lasten der Kinder. Wir befürworten die Ganztagschule, aber die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Daher unterstützen wir die Forderungen der Initiative nach mehr und geeigneteren Räumen, mehr Personal, frischem Essen und Kooperation auf Augenhöhe“, kommentiert Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die großen Schwierigkeiten an den vielen Hamburger Ganztags-Standorten sind vor allem eine Folge der strukturellen Mängel, die sich aus der Unterfinanzierung durch die Schulbehörde ergeben. Sie sind nicht Einzelfälle, wie der Senator so

Grüne luden zu Gesprächen ein. Es waren mehrere Gespräche nötig, um die vier Forderungen „Räume, Personal, Essen und Kooperation auf Augenhöhe“ im Detail zu besprechen und auf Einigungsmöglichkeiten zu untersuchen.

In letzter Minute

Die Initiator_innen luden zu mehreren Expert_innenrunden ein, die in der GEW stattfanden, trafen sich privat an vielen Wochenenden, tagten dort manches Mal bis tief in die Nacht, bzw. in den frühen Morgen hinein und diskutierten letztlich über die Grenze, an der sie die Gespräche



Foto: Guter Ganztags

Die drei Vertrauenspersonen (v.l.n.r.) Manja Scheibner, Gerd Kotoll und Christina Dwenger mit Annette Korn von der Senatskanzlei der Hamburger Bürgerschaft bei der Abgabe von 15.000 Unterschriften

gerne betont, sondern ergeben sich unmittelbar aus den herabgesetzten Betreuungsstandards und fehlenden konzeptionellen Vorgaben durch die Behörde.

Noch im Schulausschuss Anfang 2016 versuchte Senator Rabe die Forderungen der Initiative zu diskreditieren, bezifferte Kosten in Höhe von 1,5 Milliarden, die eine Umsetzung der Forderungen kosten würde und den Stadthaushalt über Jahrzehnte über Gebühr belasten würde und sah keinen Sinn darin, mit den Initiatoren ins Gespräch zu kommen.

Dennoch wurden Verhandlungen vereinbart und Vertreter der Regierungsfractionen SPD und

scheitern lassen müssten.

Der Hamburger Senat erhöhte in der letzten Woche vor Fristablauf den Druck auf die Initiator_innen, indem er drohte, bei einem Scheitern der Verhandlungen die Forderungen der Volksinitiative auf ihre Verfassungsmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen.

Am letzten Tag vor Fristablauf stand die Einigung zwischen der Initiative und den Regierungsfractionen fest: Die Volksinitiative zieht ihren Antrag zurück, wenn in der laufenden Woche auf der Bürgerschaftssitzung das Einigungspaket beschlossen wird. Die Bürgerschaftssitzung hat stattgefunden, das Einigungspaket ist mit großer Mehr-

heit beschlossen worden und der SPD-Fraktionsführer Dr. Andreas Dressel kann sich auf die Fahnen schreiben, nun schon zum zweiten Mal einem Senator aus der Bürgermeister-Scholz-Riege die Arbeit abgenommen und auf dem Verhandlungswege Verbesserungen vereinbart zu haben, die weder Senator Rabe, BSB, jetzt aktuell in der Ganztagschulfrage noch Senator Scheele, BASFI, 2014 in der Frage der Erzieher_in-Kind-Relationen in den Kitas im Einvernehmen lösen konnten.

Fast alle Bürgerschaftsabgeordneten, die zu diesem Tagesordnungspunkt redeten, sprachen parteienübergreifend den Initiator_innen ihre Anerkennung und Glückwünsche für das zustande gekommene Einigungspaket aus. Senator Rabe und SPD-Frontmann Dressel hingegen stellten Einzelheiten des Einigungspakets dar. Dr. Anjes Tjark, Fraktionsvorsitzender der Grünen und deren Verhandlungsführer, eröffnete seine Rede mit dem persönlichen Hinweis, dass er als dreifacher Vater von Ganztagschulkindern und Lehrer an einer Hamburger Schule quasi überqualifiziert für die Verhandlungen gewesen sei. Auch er verzichtete darauf, die Leistung der Elterninitiative anzuerkennen und nannte weitere Details der Einigung. Dr. Stefanie von Berg, Grüne und Vorsitzende des Schulausschusses, kostete es sichtlich Mühe, die erreichten Verbesserungen für die offene Form der Ganztagsgrundschule, GBS, anzuerkennen, sie konzentrierte sich auf die Verbesserungen im GTS-Bereich und betonte das Zustandekommen eines wirksamen Qualitätssicherungsverfahrens, dessen Ergebnisse in geeigneter Form veröffentlicht werden.

Die Ergebnisse der Einigung aus der Bürgerschaftsdrucksache 21/4866:

...Zur räumlichen Situation:

...3.) im Schuljahr 2016/2017 einen verbindlichen Prozess zu initiieren, in dem Grundschulen und weiterführende Schulen bis zur achten Jahrgangsstufe im Rahmen ihrer schulischen Selbstverantwortung unter Beteiligung des Ganztagsausschusses (siehe Ziffer III.) ihre nicht zwingend für den Unterricht benötigten Flächen an den Ganztagsbedürfnissen der Kinder von Bewegung, Spiel und Ruhe ausrichten sollen. Dabei können im Rahmen der selbstverantworteten Schule auch konkurrierende Bedarfe des Schulprofils auftreten, die mit der Schulgemeinschaft abzuwägen und von der Schulkonferenz zu entscheiden sind. Die Nutzungen für Unterricht und Ganztag sollen sich gegenseitig nicht beeinträchtigen. Auch Unterrichtsräume sollen Teil dieser Betrachtung sein.

...3.b) Die Schulen müssen sicherstellen, dass die Anforderungen des Ganztages (Ruhe, Bewegung, Spielen) bei der Anschaffung insbesondere von Mobiliar sowie kleineren Umgestaltungen und Ausrüstungen berücksichtigt werden. Hierzu stellt die Bürgerschaft einen Sonderfonds Guter Ganztag (gemäß Ziffer II.) zur Verfügung. Aus diesem Budget können auf Basis einer kriteriengestützten Vergaberichtlinie auf Antrag mit einem Raumkonzept zweckgebunden Mittel beantragt werden. Die Mittel sind übertragbar auf die kommenden Haushaltsjahre.

...6.) Die Rahmenvorgaben und Gestaltungsmöglichkeiten des Musterflächenprogramms [sind] zum Schuljahr 2017/2018 so weiter zu entwickeln und zu konkretisieren, dass die besonderen Anforderungen an ein gutes Ganztagsangebot noch stärker im Musterflächenprogramm verankert und abgebildet werden.

...Gesundes und frisches Essen und Trinken

...10.) einen Prozess zur Verbesserung der Essensqualität an

Hamburger Schulen zu etablieren. An diesem Prozess sollen Vertreterinnen und Vertreter von Schulleitungen, Eltern- und Schülerkammer, Landeselternausschuss, Behörde für Schule und Berufsbildung, die Vernetzungsstelle Schulverpflegung, bei GBS-Schulen die Träger der Jugendhilfe und externer Sachverstand im Sinne eines Qualitätszirkels Verbesserungsvorschläge erarbeiten. In diesem Qualitätszirkel sollen übergeordnete Herausforderungen wie beispielsweise die Verbesserung der Möglichkeiten, Essen vor Ort frisch zuzubereiten, unterschiedliche Möblierungsmöglichkeiten, die Gestaltung und Innenaustattung der Kantinegebäude, der Mustervertrag Schulverpflegung, energetische Optimierung der Küchen, die Trinkwasserversorgung, mögliche standardisierte Zahlungsmodelle, der Einsatz ökologischer regionaler Lebensmittel, die Verbesserung der Nachmittagsverpflegung und der Qualitätskontrolle sowie weitere Aspekte diskutiert und entsprechende Vorschläge entwickelt und perspektivisch umgesetzt werden. Der Qualitätszirkel schlägt der Behörde zudem Kriterien für die Vergabe von Mitteln in Bezug auf die Bestandsküchen vor. Die Behörde wird den Qualitätszirkel auf geeignete Art und Weise bei der Organisation des Qualitätszirkels und der Erstellung des Leitfadens unterstützen (siehe auch Punkt 11.).

11. in diesem Prozess einen Leitfaden Schulverpflegung für die Schulen und die Verwaltung zu entwickeln, der praxisnahe Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigt und die Schulen bei der Erstellung ihres Ernährungskonzeptes unterstützt. Er soll nach Möglichkeit innerhalb eines Jahres in geeigneter Form (zum Beispiel online) veröffentlicht werden. Der Leitfaden soll bei neuen Erkenntnissen aktualisiert werden.

...16. im Zusammenhang mit



Foto: hz

Die eigentlichen Gewinner in Begleitung von Jens Kastner – hier auf der Warnwesten-Demo 2014

den regelmäßigen Begehungen der Bestandsküchen oder auf Antrag der Schulen zu überprüfen, ob durch einfache Veränderungen substantielle Verbesserungen des Frischeangebots des Essens und der Kantinensituation erreicht werden können. Diese Verbesserungen werden dann umgesetzt, wenn die Schule ein auf diesen Veränderungen basierendes, deutlich verbessertes Ernährungskonzept vorlegt. Hierzu stellt die Bürgerschaft einen Sonderfonds Guter Ganztag (gemäß Ziffer II.) zur Verfügung. Aus diesem Budget können auf Basis einer kriteriengestützten Vergaberichtlinie auf Antrag mit einem Küchen- und Ernährungskonzept zweckgebunden Mittel beantragt werden. Dieses Budget ist übertragbar auf die kommenden Haushaltsjahre.

17. sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler beim Mittagessen durch pädagogische Fachkräfte begleitet werden.

18. sicherzustellen, dass alle Schulen ihren Schülerinnen und Schülern den Zugang zu frischem Trinkwasser ganztägig ermöglichen, beispielsweise durch die Bereitstellung von Trinkwasserspendern.

...Personal

...21. die arbeitsrechtlich konformen Möglichkeiten umzusetzen, um pädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe, die im

Rahmen von GBS und GTS tätig sind, ganztägig am Standort im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses einzusetzen und hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Erste Ergebnisse sollen im Rahmen des Berichtes zum Schuljahr 2017/2018 berichtet werden. Im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten soll unter Beteiligung der GBS-Vertragskommission die Entwicklung eigenständiger Module geprüft werden.

22. im Rahmen des Haushaltsplanes 2017/2018 in einem ersten Schritt die zusätzlichen Mittel für pädagogische Fachkräfte in der GBS-Betreuung beziehungsweise die Personalmittel für Lehrer- und Erzieherstellenanteile in GTS-Grundschulen auf 1,1 Stellen pro Gruppe mit 23/19 Kindern in der Kernzeit zu verbessern. Die Honorarmittel in GTS-Schulen steigen um 10 Prozent.

23. im Rahmen des Haushaltsplanes 2019/2020 in einem zweiten Schritt die zusätzlichen Mittel für pädagogische Fachkräfte in der GBS-Betreuung beziehungsweise die Personalmittel für Lehrer- und Erzieherstellenanteile in GTS-Grundschulen auf 1,175 Stellen pro Gruppe zu verbessern. Die Honorarmittel an GTS-Schulen steigen um 7,5 Prozent.

24. im Rahmen des Haushaltsplanes 2019/2020 im Rahmen

des zweiten Verbesserungsschrittes die Personalmittel für Lehrer und Erzieherstellenanteile in GTS-Stadteilschulen für die Klassen 5 und 6 auf 1,1 Stellen zu verbessern. Die Honorarmittel steigen um 10 Prozent.

25. die bestehende Kooperationspauschale zu 50 Prozent (12.500 Euro) laut Landesrahmenvertrag auch für GTS-Grundschulen zur Verfügung zu stellen.

...Dazu hat die Bürgerschaft beschlossen, einen Sonderfonds in Höhe von 25,0 Mio. Euro aufzulegen. Aus diesem Fonds sollen zu gleichen Teilen Maßnahmen gemäß Ziffer 3.b. und Ziffer 16. finanziert werden, konkret sowohl konsumtive als auch investive Ausgaben...

[Die Forderung Zusammenspiel von Schule und Kooperationspartner auf Augenhöhe wird mit einer Änderung des Schulgesetzes gelöst].

...2.) Der Ganztagsausschuss berät über alle wichtigen Fragen der ganztägigen Bildung und Betreuung und ist vor Entscheidungen der Schulkonferenz zu Fragen der ganztägigen Bildung und Betreuung zu hören. Die Schulleitung und bei entsprechender Beteiligung die Leitung des jeweiligen Trägers der Jugendhilfe unterrichten den Ganztagsausschuss über grundlegende Entwicklungen der ganztägigen Bildung und Betreuung in der jeweiligen Schule. Jedes einzelne Mitglied hat das Recht, Tagesordnungspunkte anzumelden. Der Ganztagsausschuss kann Empfehlungen oder Beschlussvorschläge entsprechend § 52 Absatz 2 Satz 2 an die Schulkonferenz richten. Vertreterinnen und Vertretern des Ganztagsausschusses ist Gelegenheit zu geben, die Empfehlung oder den Vorschlag in der Schulkonferenz zu erläutern. Die Ablehnung oder Abänderung der Empfehlung oder des Vorschlags des

Ganztagsausschusses muss die Schulkonferenz gegenüber dem Ganztagsausschuss begründen.

... Zitatende.

Allen Einigungspunkten ist gemein, dass sie den Prozess zur Qualitätssteigerung eröffnen, es ist der Beginn der Verbesserungen durch die Einigung erreicht worden. Die Umsetzung z.B. der Personalerhöhungen beginnt erst 2017 mit der ersten Stufe und 2019 mit der zweiten Stufe. Die vereinbarten Personalverbesserungen machen in der Summe ca. 17 Millionen Euro aus. Nimmt man die Ausstattung des Sonderfonds hinzu, betragen die Kosten des Einigungspakets ca. 42,0 Millionen Euro.

Ein Schritt nach vorn

Da eine Stelle in der bisherigen GBS-Kooperation mit 15,0 Wochenstunden ausgestattet ist, beträgt der Zugewinn im ersten Schritt 1,5 Wochenstunden und im zweiten Schritt weitere 1,125 Wochenstunden. Nur unter Berücksichtigung und Hinzuziehung der Vertretungspauschale in Höhe von unverändert 17,45 Prozent wird eine Personalausstattung in Höhe von 20,7 Wochenstunden erreicht. Wohlwollend könnte man sagen, dass hiermit die von der GEW vor zwei Jahren erhobene Forderung, mindestens die vierte Stunde (pro Schultag) für die Verknüpfung von Vor- und Nachmittag bereit zu stellen,

endlich erreicht wurde.

Insgesamt gewinnt tatsächlich die Verknüpfung von offener Kinder- und Jugendhilfe und Schule substantiell, ein Schritt zur kindzentrierten Ganztagschule ist gemacht, nicht nur für die Eltern bzw. deren Kinder ein echter Erfolg.

Die Elterninitiative hat allerdings ihre Zusagen eingehalten: nicht nur für die GBS-Schulen, sondern auch für die gebundenen Ganztagschulen sind nennenswerte Verbesserungen erreicht worden. Es gilt nun mit vereinten Kräften auch Verbesserungen für die Schulunterrichtszeiten zu erzielen. Die GEW hat durch ihre Unterstützung mitgeholfen, diese außerunterrichtlichen Verbesserungen für die Beschäftigten zu erlangen. Aber ohne das außerordentlich hohe Engagement der Eltern der Initiative „Guter Ganztag“ müssten wir sicherlich noch über Jahre hinaus unseren Kampf gegen den Senat und die Schulbehörde führen. Deswegen gilt unser Dank dieser Initiative.

Neben Familie und Beruf über Jahre hinweg für bessere Bedingungen zu kämpfen, um für alle Kinder den Ganztags-Schulbesuch qualitativ zu steigern, ein hohes Maß an Freizeit zu opfern und sich nicht unterkriegen zu lassen, hat höchste Anerkennung verdient. Dass zum Zeitpunkt der vollständigen Umsetzung des Einigungspakets sich die eigenen Kinder der Initiator_innen größtenteils schon in den 8. oder

9. Schulklassen befinden und von der erzielten Einigung kaum noch profitieren, unterstreicht, wie wichtig auch diesen Eltern eine hohe Qualität des Hamburger Schulwesens ist.

Wir freuen uns, dass wir helfen konnten, diese Qualitätssteigerung zu erstreiten und erinnern mit dem Schlussabsatz aus dem anfangs angeführten Artikel daran, dass der gemeinsame Kampf auch zu Erfolgen führt:

hlz 09/10 2013: Was stört's die deutsche Eiche...

...,Wir können Senator Raabe nur warnen, es ist nicht nur die GEW, die sich an seinen Äußerungen reibt, sondern es sind die Erzieher, die Lehrer und die Eltern, die Elternkammer, die Lehrerkammer und auch der Landesausschuss Hamburger Eltern, LEA, die unzufrieden mit seinen „leeren“ Ankündigungen sind. Um das Bild noch einmal zu bemühen: Das eine Wildschwein mag ihn nicht stören, aber eine Rotte derselben hat auch schon die eine oder andere Eiche umgerannt.“

Der vollständige Text der Einigung ist unter der Dokumentennummer Drucksache 21/4866 in der Parlamentsdatenbank der Hamburger Bürgerschaft zu finden, ebenso der Text der Änderung des Schulgesetzes, der ggf. noch redaktionell geändert werden muss.

JENS KASTNER, Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe

